Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 37 (1957-1958)
Heft: 2: Gegenwartsprobleme der Demokratie

Artikel: Bericht aus Bombay
Autor: Schäffer, Ernst
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-160674

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sie ist vielen Schwierigkeiten begegnet. Heute scheinen sich die Schwierigkeiten zu vermehren. Aber ist dies nicht überall der Fall? Das Wesentliche liegt darin, jenem Ideal der Freiheit und der menschlichen Würde treu zu bleiben, welches das Genfer Volk im letzten November in so brennender Weise zum Ausdruck brachte, als in einer menschlichen Stille von wunderbarer geistiger Intensität achtzigtausend Personen sich beim Klang der Glocken auf der Place Neuve versammelten, um ihre Überzeugung kundzutun, daß das, was sich in Ungarn ereignet hatte, eine Beleidigung der Menschlichkeit und der Demokratie war.

Bericht aus Bombay

Das demokratische Millionen-Wahlexperiment hat funktioniert

Die Wahlen zum indischen Zentralparlament in Delhi und zu den Abgeordnetenhäusern von 13 Ländern, die am 25. Februar begonnen hatten, waren einen Monat später beendet. Das einwandfreie Ergebnis ist: Nehrus Kongreß-Kabinett bleibt nach ununterbrochener Regierung von beinahe zehn Jahren für weitere fünf am Ruder! Es kann sich auch daran nichts ändern, wenn der nordindische Staat Himachal Pradesh und einige Wahlkreise im Punjab erst Anfang Mai, nach der Schneeschmelze in den Vorbergen des Himalaja, in der Lage sein werden, zu votieren. Die Schätzungen über die Massen der Stimmberechtigten gehen auseinander. Die offizielle Zahl war «etwas über 193 Millionen», jedoch beliefen sich private Kalkulationen auf 200 Millionen. Wie dem auch sei, die Organisation hat glänzend funktioniert und straft jene westlichen Beobachter Lügen, die Indern mangelnde Organisationsfähigkeit vorwerfen. Die Regierung hätte die klassische Formulierung des ersten deutschen Heeresberichts am ersten Tag des ersten Weltkrieges nach der Mobilmachung anwenden können: «Eine Nachfrage wurde nicht gestellt.»

Dieser Erfolg ist um so höher zu veranschlagen, als es sich in Indien immer noch um durchschnittlich 80% Analphabeten handelt, d. h. daß der überwiegenden Mehrheit des Volkes der Vorgang der Wahl auf mündliche oder visuelle Weise vor und während der Stimmabgabe klar gemacht werden muß. Und so traten sie im ganzen Land in langen Reihen an, kamen zu Fuß wandernd oder mit Ochsenkarren, auf Kamelen und Ponys, zu den Wahllokalen. Millionen von Aboriginals (oder Ureinwohner), die z. T. noch mit Pfeil und Bogen auf Tiger und Panther jagen, stiegen aus der Waldeinsamkeit des Bergdschungels in die Täler hinab, um ihrer demokratischen Pflicht als Wähler nachzukommen. Wohl in keinem anderen Lande kann es vorkommen, daß eine Wahl zeitweise unterbrochen werden muß, weil ein «Man-eater» sein Unwesen in der Nachbarschaft treibt oder, weil eine Kobra sich in einem Wahllokal eingenistet hat.

Man kann auf Grund der Ergebnisse feststellen, daß im wesentlichen bei den Wahlen weder die Innenpolitik der Regierung, besonders in bezug auf die Durchführung der Fünfjahrespläne, noch die Außenpolitik eine größere Rolle gespielt hat. In bezug auf die letztere bildet vielleicht die Wahl von Krishna Menon mit überwältigender Mehrheit in der Stadt Bombay eine Ausnahme. Sie ist eine Bestätigung dafür, daß man mit der Einstellung der Regierung zu dem Kaschmirproblem einverstanden war. Das Charak-

teristikum dieser Wahl ist vielmehr, daß örtliche Probleme ausschlaggebende Faktoren waren und, wie noch auszuführen sein wird, zu merkwürdigen Wahlbündnissen geführt haben.

Einfluß der Staatenreorganisation

Am 1. November 1956 war fast unbemerkt, überschattet durch die Ereignisse in Ägypten, eine umwälzende Änderung in Indien vor sich gegangen. Hatte man nach errungener Selbständigkeit des Landes die 550 Fürstentümer durch reichliche Entschädigungen eliminiert, so war nunmehr die Zahl der verbliebenen Länder auf Grund sprachlicher Zusammenfassung von 27 auf 14 reduziert worden. In manchen Fällen hatte dabei die Regierung den Mut der Unpopularität auf sich genommen, als sie die Gesetze im Parlament mit der Mehrheit der sie bildenden Partei des indischen Nationalkongresses kurz vor Beginn der Wahlen durchsetzte. Nach geschlagener Schlacht läßt sich konstatieren, daß der Kongreß siegreich mit wehenden Fahnen, wenn auch mit schwersten Verwundungen sein Ziel erreicht hat. Er bleibt, wie erwähnt, in Delhi am Steuer und in 12, möglicherweise auch in 13 Ländern, wenn auch dort mit geschwächter, aber dennoch absoluter Mehrheit an der Regierung. Man ist sich darüber im klaren, daß bis zu den nächsten Wahlen im Jahre 1962 Indien eine außergewöhnlich kritische Periode in Anbetracht seines gigantischen zweiten Fünfjahresplanes durchzumachen haben wird. Ministerpräsident Nehru wird nach Ablauf dieser Zeit sein 73. Lebensjahr erreicht haben. Niemand kann voraussagen, ob er dann weiterhin Premierminister bleiben wird, was jeder in Indien, einschließlich seiner politischen Gegner, wünscht, aber es ist eine völlig irrige Ansicht, wenn man glaubt, daß es sich in der indischen Republik um eine «One Man Show» handelt. Sie ist innerhalb der kaum 10 Jahre ihres Bestehens zum zweiten Male an die Wahlurne gegangen; sie konnte ihren ersten Fünfjahresplan 1956 erfolgreich abschließen, was der beste Beweis dafür ist, daß an den zahlreichen maßgebenden Stellen des Landes Männer mit außerordentlichen Fähigkeiten, ja mit der Begabung einer weisen Voraussicht stehen.

Kerala: Kommunistische Regierung auf demokratischer Basis

Kann Indien für sich in Anspruch nehmen, daß es, was die Zahl der Stimmberechtigten anbelangt, das größte Wahlexperiment in der Welt nach streng-demokratischen Prinzipien durchgeführt hat, so hat es noch ein anderes Unikum zu verzeichnen. Zum ersten Mal in der Welt geht eine kommunistische Regierung auf Grund demokratischer Wahlen hervor. Denn bisher kamen kommunistische Regierungen in Europa und Asien entweder durch militärische Eroberungen oder durch Infiltrierungen mit anschließendem Terror zur Herrschaft. Keralas Gouverneur, Ramkrishna Rao, der vorher als Ministerpräsident von Hyderabad kommunistische Gewalttätigkeiten wirksam unterdrückt hatte, kennzeichnete das Wahlergebnis in seinem Staat als nicht durch «bullets», sondern durch «ballots», d. h. nicht mit Geschoßen, sondern mit Stimmzetteln erreicht. Auf die Tatsache der ersten und glücklicherweise einzigen kommunistischen Regierung in einem indischen Staat muß deshalb näher eingegangen werden, weil das Ereignis im Westen bereits zu Verallgemeinerungen und daher zu völlig falschen Schlüssen geführt hat.

Kerala ist nicht nur der kleinste, sondern auch der am dichtesten bevölkerte Staat, etwa 770 Einwohner auf den Quadratkilometer. Er weist die geringste Anzahl von Analphabeten auf, nämlich 45%, und — die größte Anzahl von Arbeitslosen. Zwischen diesen beiden Fakten besteht ein gewisser Zusammenhang. Daß mehr als die Hälfte der Bewohner des in Palmenwäldern eingebetteten Staates lesen und schreiben können, hat zwei Ursachen. Erstens landeten an seiner südwestlichen Küste vom 15.—17. Jahrhundert die Missionare der christlichen Religionen. Ihnen und, nicht zu vergessen, der Toleranz

der örtlichen Hindufürsten ist es zu verdanken, daß es hier mehr Schulen und Colleges gibt als in anderen Teilen Indiens. Zweitens hat in den letzten 20—30 Jahren mitgewirkt, daß das Fürstenhaus von Travancore, das einen Teil des Staates bildet, überaus fortschrittlich gesinnt war. Die Mutter des letzten regierenden Maharadschas kann ohne Übertreibung als eine indische «Anna Amalia» betrachtet werden, denn ihrem Verdienst ist es zuzuschreiben, daß sogar 45% der Frauen lesen und schreiben gelernt haben, was in ganz Indien einzig dasteht. Die Zentralregierung hat bei der Neuorganisation der Staaten diesen Maharadscha nicht zum Gouverneur des Staates Kerala gemacht, wie man es erwartet hatte, und sie es im benachbarten Mysore auch getan hat. Dies soll dem Kongreß nicht wenige Stimmen gekostet haben.

Es gibt in Kerala, auch eine Folge der erwähnten Missionstätigkeit, 3½ Millionen Christen (unter 12½ Millionen Einwohnern), in der Hauptsache römisch-katholische und syrische. Sie hatten sich früher stets für den Kongreß eingesetzt. Zum ersten Male trat eine «Katholische Konvention» auf, die ihren Anhängern anheimstellte, auch andere Parteien als den Kongreß, mit Ausnahme der Kommunisten, zu wählen. Für eine solche, veränderte Einstellung lagen offensichtlich folgende Gründe vor. Der eine war die Veröffentlichung des dreibändigen Niyogi-Reports der (Kongreß-)Regierung von Madhya Pradesh, genannt nach einem (pensionierten) Richter des höchsten Gerichts dieses Staates, der den Vorsitz einer Untersuchungskommission über die Tätigkeit christlicher Missionen führte. Der Report zeigte eine einseitige, antichristliche Haltung. (In Parenthese sei bemerkt, daß sich Nehru und andere führende Politiker des Landes allgemein gegen antichristliche Tendenzen wandten, und daß der besagte Richter, der sich so streng gegen Konvertierungen ausgelassen hatte, kurz nach Veröffentlichung des Reports vom Hinduismus zum Buddhismus übertrat.) Weiterhin dürfte für den «Abfall» der Christen vom Kongreß mitgesprochen haben, daß die Partei durch eine offen betriebene Vettern- und Kastenwirtschaft bereits zu einer Minderheit geworden war. Da sich keine andere imstande zeigte, eine Regierung zu bilden und sich auch keine Koalition finden ließ, wurde der Staat seit etwa einem Jahre vom Präsidenten der Republik verwaltet und sein Budget vom Zentralparlament beraten und beschlossen.

Jahresproduktion: 20 000 Akademiker

Die 50 Colleges in Kerala haben sich noch nicht auf eine praktische, mehr nach der Technik hin zielende Erziehung umstellen können, wozu in dem alten Kulturvolk der Inder noch die heute sicherlich veraltete Anschauung kommt, daß der studierte Mann ein höheres Ansehen genießt als derjenige, der eine Maschine bedient. Die Colleges produzieren im Jahr an die 20 000 Akademiker, von denen nur ein kleiner Bruchteil ihnen angemessene Stellungen findet. Es ist daher nicht zu verwundern (obwohl der Besucher darüber erstaunt und erschrickt), daß man Briefträger, Polizisten, Buskondukteure und Bürodiener mit akademischen Graden antrifft. Die Mehrzahl strömt als Arbeitslose den vieles versprechenden Linksparteien zu, von denen die Kommunisten die am besten organisierte ist. Mit der Propagandatruppe dieser jungen Akademiker konnte die kommunistische Partei seit Jahren unter der Bevölkerung werben, was bei der allgemeinen Abneigung gegenüber dem Kongreß wohl nicht einmal zu schwierig war. Der Verfasser dieses Berichts ist vor den Wahlen im Boot durch die Lagunendörfer der Malabarküste des Staates Kerala gefahren und konnte dabei in den Hütten der Bewohner Christusbilder hängen sehen, während vom Dach die rote Fahne mit Hammer und Sichel wehte; es war die asiatische Version der «kleinen Welt des Don Camillo». Trotz ausgiebiger Propaganda haben die Kommunisten aber durchaus keinen überwältigenden, sondern einen knappen Sieg davongetragen. Sie haben die Mehrheit im Abgeordnetenhaus mit Hilfe von 5 Unabhängigen, deren Wahl sie unterstützt hatten. In ihrem Wahlmanifest erklärten sie u. a., sie würden die ausgedehnten Teeplantagen ohne Kompensationen nationalisieren. Jetzt nach der Wahl meinten sie, dies bezöge sich

nur auf die in ausländischem Besitz befindlichen. Dabei übersahen sie offenbar, daß das Inkrafttreten eines solchen Gesetzes der Unterschrift des Präsidenten der Republik bedarf. Schon verkündete der zuständige Minister im Zentralparlament, das ein Interimsbudget zu beschließen hatte, daß eine Nationalisierung der Plantagen nicht in Frage käme. Man kann demnach auf die weitere Entwicklung in Kerala einigermaßen gespannt sein.

Der zweite Staat, in dem es zweifelhaft war, ob der Kongreß zur Regierung kommen würde, war Orissa im Nordosten des Landes. Hier sah er sich zwei Fronten gegenüber. Die eine bestand aus früheren Großgrundbesitzern, darunter depossedierten Fürsten, die einen Teil ihres Besitzes durch Landreform, allerdings gegen Entschädigungen, verloren hatten. Die andern Gegner setzten sich aus den verbündeten Kommunisten, Sozialisten und den politisch rechts stehenden Parteien, der orthodoxen Hindu Mahasabha und der Jana Sangh, zusammen. Doch gelang es dem Kongreß, mit einer rechtsstehenden Splitterpartei eine Koalitionsregierung zu bilden.

Harte, aber schließlich erfolgreiche Kämpfe hatte der Kongreß auch in den Staaten Westbengal und Bombay zu bestehen. In dem ersteren hatte sich die Linksopposition zu einem Bündnis vereinigt, das seinen Hauptstützpunkt in dem Industriezentrum Kalkutta besaß. Dieser Staat hatte im Laufe der letzten Jahre 4 Millionen Flüchtlinge aus dem benachbarten Ostpakistan aufzunehmen. Mit Recht konnte sein Gouverneur, Miß Padmija Naidu (Tochter der großen, indischen Dichterin und Freiheitskämpferin Sarojini Naidu) in einer Unterredung, die der Schreiber dieser Zeilen mit ihr hatte, auf die organisatorischen Schwierigkeiten hinweisen, die die erfolgreiche Ansiedlung solcher Flüchtlingsmassen mit sich brachte. Trotzdem läßt sich annehmen, daß ein größerer Teil der Refugees gegen die Regierung gestimmt haben (denn welcher Emigrant wäre mit seinem Schicksal zufrieden?). Glücklicherweise ist Westbengals überaus fähiger Ministerpräsident, der fünfundsiebzigjährige Arzt Dr. B. C. Roy, wenn auch mit geringer Mehrheit, wiedergewählt worden und wird weiterhin tatkräftig an der Spitze des Staates bleiben.

Der Kampf um Bombay

Im Staate Bombay hat die Länderaufteilung auf sprachlicher Grundlage einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Wahlen ausgeübt. Der Report der Drei-Männer-Kommission (unter ihnen der Historiker und jetzige Botschafter in Paris, K. M. Panikkar) hatte für Bombay einen Zweisprachenstaat (Marathi und Gujerati) vorgeschlagen. Als diese Proposition im Abgeordnetenhaus gutachtlich beraten wurde, kam es zu schweren Unruhen in Bombay und andern Plätzen, wobei die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch machen mußte. Es wurde dann ein Kompromiß in Aussicht genommen, zwei getrennte Staaten zu etablieren. Was aber sollte mit der Stadt Bombay geschehen? Nehrus Idee war, Bombay zur zweiten Haupt- und Handelsstadt des Landes zu machen, die (wie Washington DC.) vom Zentralparlament zu verwalten sein würde, was aber allseitige Ablehnung hervorrief. Daraufhin gelangte man zu einem abgeänderten Kompromiß, nämlich Bombay auf 5 Jahre von Delhi aus zu verwalten, und nach Ablauf dieser Zeit sollte die Bevölkerung darüber abstimmen, ob die bisherige Regelung bestehen bleiben oder ob Bombay Hauptstadt des Marathenstaats werden sollte. Wieder gab es schwere Unruhen und die Marathen gingen zur Satyagraha mit täglichen Verhaftungen über.

Innerhalb von 24 Stunden entschied sich das Parlament in Delhi wider alles Erwarten für den ursprünglichen Vorschlag des Reports der Dreier-Kommission, und Bombay wurde gesetzmäßig zum Zweisprachenstaat erklärt. Daraufhin kam es in Ahmedabad und mehreren andern Plätzen in Gujerat zu aufrührerischen Störungen, bei denen es Tote und Verwundete gab. Diese Entscheidung des Parlaments hat sich verhängnisvoll ausgewirkt. Rechtzeitig vor den Wahlen vereinigten sich sowohl auf der Marathen- wie auf der Gujeratenseite alle Parteien zu wohl organisierten Bündnissen

gegen den Kongreß. Man konnte Kommunisten, Sozialisten und orthodoxe Hindus vereinigt finden. Wenn dennoch der Kongreß im Parlament des Staates Bombay die absolute, wenn auch verminderte Mehrheit errungen hat, so ist dies der überragenden Persönlichkeit Nehrus und dem Umstand zu verdanken, daß um den Kongreß immer noch die Gloriole des siegreichen Unabhängigkeitskampfes weht.

Ein neuer Faktor war diesmal bei den Wahlen zu beobachten. In Bombay hat sich vor etwa Jahresfrist ein «Forum of Free Enterprise» konstituiert, das sich gegen einengende Maßnahmen der Regierung für Industrie und Handel wendet. Diese sind mit der sozialistischen Ausrichtung der Wirtschaft, die vom Kongreß beschlossen wurde, verbunden und haben u. a. zur Nationalisierung der Lebensversicherungsgesellschaften und der «Imperial Bank of India» (jetzt «State Bank of India») sowie zum Erlaß eines Aktiengesetzes mit über 600 Paragraphen geführt. An der Spitze des Forums steht A. D. Shroff, der Finanzexperte des Tatakonzerns. Die zu diesem gehörende «Tata Iron and Steel Company» hatte das höchste Gericht des Staates Bombay um eine gutachtliche Äußerung ersucht, ob die Gesellschaft gemäß dem neuen Aktienrecht den Parteien Mittel zum politischen Kampf zur Verfügung stellen könnte. Das gleiche Ansuchen war in Kalkutta von der «Indian Iron and Steel Company» dem dortigen Gericht unterbreitet worden. Während Bombays Richter nichts dagegen einzuwenden hatten, machten die in Kalkutta gewisse Einschränkungen geltend. Als unabhängige Kandidaten ließen sich nun Sir H. P. Modi, ein Direktor von Tata (und früherer Gouverneur des Staates Uttar Pradesh) sowie Mino Masani, ebenfalls in der Geschäftsleitung von Tata, und der Chefredaktor der dem großindustriellen Birla-Konzern nahestehenden Wochenschrift «The Eastern Economist», Da Costa, aufstellen. Nur Masani, der früher der sozialistischen Partei angehörte und während der Unabhängigkeitsbewegung im Gefängnis gesessen hatte, ist gewählt worden. Shroff hat zwar behauptet, daß sich das Forum nicht an der Wahl beteiligt habe, aber es dürften doch zum mindesten gewisse Zusammenhänge in dieser Hinsicht bestehen.

Kantönligeist kontra Kongreß

Das endgültige Wahlergebnis ist das folgende: Von 494 Abgeordneten zum Zentralparlament sind 488 gewählt worden, darunter die respektable Zahl von 365 Kongreßkandidaten (wie erwähnt, werden in den Himalajagebieten Wahlen erst im Laufe des Mai stattfinden. Der Staat Himalach Pradesh wird dann 4 und der Punjab noch 2 Abgeordnete zu wählen haben). Die stärkste, wenn auch an sich schwache Oppositionspartei ist die kommunistische mit 29 und die nächste die sozialistische mit 18 Abgeordneten. Zur Linksopposition sind noch die Bauern- und Arbeiterpartei mit 4 und der Vorwärtsblock mit 2 Parlamentsmitgliedern zu rechnen, vielleicht noch die Vereinigung der Unberührbaren («Scheduled Castes Federation») mit 6 Abgeordneten. Die orthodoxe Hindu-Rechtsopposition ist vernichtend geschlagen worden, indem die Jana Sangh mit 4 und die Hindu Mahasabha mit einem einzigen Abgeordneten ins Parlament einziehen, was als ein Beweis dafür gelten kann, daß sich der säkulare Staatsbegriff durchgesetzt hat. Die restlichen 59 Sitze verteilen sich auf Splittergruppen und Unabhängige.

Die Sozialisten haben mangels guter Organisation große Verluste erlitten. In Kerala hatten sie sich merkwürdigerweise mit der antisäkularen Muslimliga verbunden, die es im übrigen Indien kaum noch gibt, was ihrem Ansehen sicherlich Abbruch getan hat. In Westbengal wiederum hatten sie sich entgegen dem Beschluß des Parteitages mit den Kommunisten zusammengetan. Schließlich hatte sich noch eine Gruppe unter Dr. R. M. Lohia abgespalten und eigene Kandidaten nominiert, was zur weiteren Zersplitterung von Stimmen geführt hat. Dr. Lohia und auch ein prominentes Mitglied der Sozialistischen Partei, Ashok Mehta, sind nicht gewählt worden. Ein früherer Führer der Sozialisten, J. P. Narayan, der sich der Boodhan- oder Landspendebewegung des

Dr. Acharya Vinoba Bhave angeschlossen hat und nur noch sporadisch in der politischen Arena erscheint, führte in einer Wahlrede aus, daß es Nehrus Pflicht wäre, eine Oppositionspartei zu organisieren, was dieser jedoch als unrealistisch ablehnte.

Nehru hat nach den Wahlen erklärt, daß die Verluste des Kongresses die Notwendigkeit ergeben, den Parteiapparat gründlichst zu überholen. Das bedeutet die Eliminierung des Nepotismus und Kastengeists, vor allem aber dürfte es an der Zeit sein, daß die alte Garde die jüngere Generation mehr als bisher zur Mitarbeit heranzieht. Denn nicht wenige sind, verbittert über die allzu verbreitete Günstlingswirtschaft innerhalb des Kongresses, von diesem abgerückt. Ein Anfang ist bereits gemacht worden, als vor drei Jahren der Ministerpräsident des damaligen Staates Saurashtra, U. N. Dhebar, Präsident des Kongresses wurde, nachdem Nehru dieses Amt niedergelegt hatte. Aber es ist ein offenes Geheimnis, daß er es schwer hat, sich im Schatten der älteren Titanen durchzusetzen.

Es ist etwas über ein Jahr her, daß ich Nehru fragte, ob die damals viel diskutierte Neuordnung der Staaten auf sprachlicher Grundlage nicht die Gefahr eines «Kantönligeists» in sich schlösse. Er verneinte diese Möglichkeit in seiner temperamentvollen Art kategorisch. Heute erhebt er warnend seine Stimme gegen eine Balkanisierung des Landes und mahnt seine Mitbürger, nicht zu vergessen, daß sie in erster Linie Inder wären.

Ernst Schäffer

De la IIIe à la IVe République

C'est bien de la démocratie française et des institutions démocratiques de la France, telles qu'elles fonctionnent de nos jours, que traite M. *André Siegfried* dans son dernier livre *De la IIIe à la IVe République*[1]). Auteur, il y a vingt cinq ans, d'un remarquable *Tableau des Partis en France*, qui est resté célèbre par la lucidité et l'étendue de son analyse, il entreprend de nous montrer aujourd'hui comment s'est opérée l'extraordinaire mutation qui a conduit la France, au lendemain de la guerre, à la IVe République. A partir de 1930, en effet, la IIIe République fut en état de crise constante et entrait dans une ère de barricades et d'incidents factieux qui l'éloignait de plus en plus des principes parlementaires et libéraux qui avaient caractérisé son origine. L'émeute du 6 février 1934, à l'occasion d'un scandale retentissant, marqua l'apogée de cette crise, en même temps qu'elle révélait l'extrême faiblesse du pouvoir exécutif, le gouvernement ayant dû céder en l'occurrence à la pression de la rue et des ligues nationalistes.

La période qu'envisage André Siegfried part de la Constitution de 1875 (la quatorzième que s'est donnée la France en moins d'un siècle) et s'étend jusqu'à nos jours. Avec l'aisance d'un homme heureux qui a connu et vécu la «belle époque» de la IIIe République (son père Jules Siegfried fut député pendant plusieurs législatures et maire du Hâvre), il avoue ses convictions républicaines qu'il qualifie lui-même de démodées, mais il n'en reste pas moins parfaitement objectif quand il apprécie les différentes phases à travers lesquelles la France s'est transformée, on peut dire révolutionnairement: le 6 Février, le Front populaire, la guerre et la défaite, l'occupation et Vichy, enfin le retour du général de Gaulle, puis la brusque démission de celui-ci le 20 janvier 46, qui laissa sur le champ le pays désemparé. Devançant un vote qu'il supposait devoir lui être défavorable, le chef du gouvernement provisoire se retirait au moment où allait s'instaurer un régime nouveau qu'il avait plus que quiconque contribué à fonder, mais dont le contrôle lui échappait, celui de la IVe République.

A vrai dire, c'est moins une œuvre historique qu'a entreprise, en écrivant son livre, M. André Siegfried qu'un essai d'interprétation psychologique et sociologique d'une période riche en événements divers et souvent tragiques, qui ont singulièrement modifié, au cours de ces dix dernières années, le visage politique de la France.

L'intérêt principal de l'ouvrage réside selon nous dans l'exposé magistral des constantes idéologiques qui ont fait la France républicaine, décrites d'une plume alerte et sans passion.

Le ton d'abord frappe par sa sérénité et son assurance un peu péremptoire où l'on reconnaît l'éminent professeur qui a enseigné les sciences politiques à plusieurs générations de Français. D'après lui, l'attitude opportuniste et l'attitude radicale correspondent au double courant d'idées jacobines, issues de la Révolution de 1789, qui n'ont cessé d'influencer depuis lors, exception faite de la parenthèse de Vichy, la vie nationale. La droite s'en trouve pratiquement exclue, et André Siegfried accepte le fait comme une chose allant de soi, sans objection, soulignant qu'il ne peut en être autrement puisque cette droite, assure-t-il, n'a jamais accepté, en dépit des apparences, ni la Révolution, ni la République. Telle est du moins l'explication qu'il donne des tendances internes auxquelles le pays revient toujours, porté qu'il est aux extrêmes par goût de l'idéologie, mais ramené naturellement vers le centre par répulsion instinctive pour ce qui est excessif.

En est-il vraiment ainsi dans les faits ? Il serait plaisant d'en discuter avec l'auteur, car lui-même, qui se situe volontiers intellectuellement à gauche, fait figure de conservateur, qu'aucun parti avancé n'a jamais songé à compter parmi les siens. Quant à la droite traditionnelle, qu'il soupçonne d'être par principe anticonstitutionnelle et antirépublicaine, s'il faut entendre par là le vaste groupement que forment les modérés, elle compte de nos jours, comme elle a compté jadis, des hommes éclairés, parfois éminents, qui sont l'honneur du Parlement.

Impartial, nous l'avons dit, André Siegfried reconnaît aussi que les grands fonctionnaires qui ont servi fidèlement le régime, dans la première phase de la République, possédaient un sens averti des nécessités de l'ordre, en même temps qu'une doctrine de gouvernement ressemblant fort, selon sa propre expression, à celle de la tradition. Il leur rend hommage comme à l'une des meilleures équipes que la France ait jamais eue à son service au cours de son histoire, et il cite, entre autres, les noms de Gambetta, de Waldeck-Rousseau, de Ferry, de Poincaré, de Lyautey.

* * *

Plus sévère, il est vrai, envers la seconde période du régime, il reconnaît que la République s'est fait aimer moins par ses qualités que par certains de ses défauts, dont le plus grave lui paraît être un penchant naturel à la facilité. C'est un jugement accablant qu'il porte sur les institutions démocratiques, du moins comme les conçoit une partie des Français, quand il écrit cette phrase sans illusion et lourde de conséquences: «L'instinct de la gauche la pousse à affaiblir le pouvoir, qu'elle considère comme réactionnaire en soi.»

Quand disparaît Poincaré en 1930, il n'y a plus, écrit-il d'hommes d'Etat de premier rang. La plupart des déficiences au sein du régime existaient, latentes, avant la défaite de 40, mais c'est celle-ci qui, sans conteste, précipita l'effondrement de la IIIe République.

Survolant rapidement les quatre années du gouvernement de Vichy, sans s'arrêter aux responsabilités politiques qui eurent part au désastre, il se montre équitable envers le maréchal Pétain, dont il reconnaît d'ailleurs qu'il incarnait «indiscutablement» la grande majorité du pays. Par contre, il n'a aucun ménagement pour la tentative réformatrice de Vichy, pour ce qui s'est appelé la Révolution nationale, entreprise réactionnaire et paternaliste, vouée à l'échec, à laquelle le maréchal et Pierre Laval prêtèrent complaisamment la main. Il tient ce dernier pour un aventurier de grande classe à tendances fascistes, dont la faute impardonnable aura été de rompre avec une tradition séculaire de liberté civique qui est celle du peuple français, et nul n'y contredira.

Arrive de Gaulle avec son immense prestige, dans la France libérée. Il apportait d'Alger le projet d'une Constitution démocratique caractérisée par un régime d'assemblée, où l'exécutif, entièrement dépendant du législatif, se référait beaucoup plus aux principes de la Révolution française qu'aux sages institutions parlementaires de 1875. A l'encontre de celles-ci, la Constitution votée en 1946, moins révolutionnaire il est vrai que le projet initial, allait pourtant instituer le régime des partis, dont André Siegfried constate mélancoliquement qu'il se révèle à l'usage foncièrement inefficace et «incapable dans nombre de cas de décider quoi que ce soit». Il le juge cependant conforme au vœu profond du pays qui aime, écrit-il, ce régime des assemblées, seul démocratique

aux yeux de l'électeur pour qui le député doit être avant tout un défenseur de ses intérêts locaux, de ses intérêts particuliers.

Un idéal aussi restrictif et, disons-le, aussi médiocre, est-il celui de la France entière? Il est permis d'en douter. Dans ce chef d'œuvre d'analyse et de compréhension *La France à l'ombre de son clocher*, *Herbert Lüthy* a fort bien noté que le Français, souvent si étroitement intéressé dans sa vie privée, a gardé, à travers les siècles, le goût des grandes entreprises, coloniales et missionnaires, qui est le fait de son sens inné de l'universel[2]). L'intérêt qu'il prend aujourd'hui à l'immensité saharienne répond à ce besoin d'enthousiasme, qui le porte à envisager l'exploitation des richesses du Sahara sur un plan européen et même mondial.

Qui gouverne la France, se demande André Siegfried? Après avoir passé en revue les différents motifs d'instabilité qui contredisent la fonction gouvernementtale, il en vient à faire cette observation qu'en France le gouvernement est frappé d'impuissance parce qu'il n'est qu'une sorte de commission exécutive de l'Assemblée, et c'est bien là ce que l'on peut dire de plus grave à son endroit. Un grand fonctionnaire, Paul Cambon, se plaignant déjà en 1885 de cet état de chose, exprimait cette opinion désabusée qu'a rapportée un des ses collaborateurs: «Mettez-vous bien cela dans la tête, il n'y a pas de gouvernement en France.» Retenons de cette boutade poussée au noir que le gouvernement, en tout état de cause, demeure faible.

Toutefois, le navire français, si ballotté qu'il soit, suit sa route. André Siegfried en prend acte, dans ses conclusions, pour tenter de nous faire partager son optimisme. C'est un fait qu'en France la structure autoritaire de l'administration napoléonienne persiste. En contrepartie de l'instabilité ministérielle, le prestige des grands Conseils de l'Etat subsiste: Cour des comptes, Conseil d'Etat, Conseil supérieur de la magistrature. Sous l'influence communiste, certains constituants de 1945 auraient volontiers supprimé ces mainteneurs du bien public, mais ils n'y ont pas réussi. C'est autrement, soulignons-le, que la socialisation s'opère progressivement et il n'est pas sûr qu'il faille s'en féliciter dans le présent et pour l'avenir.

L'intervention croissante de l'Etat se manifeste dans chaque secteur de l'activité, en même temps qu'une technocratie envahissante, inspirée par les doctrines dirigistes, s'impose de plus en plus à l'exécutif. Personne ne conteste à ces fonctionnaires, à ces techniciens, à ces experts, la compétence ni le talent, mais un tel accaparement de l'Etat apparaît comme une menace permanente pour la puissance publique, comme la négation même de l'acte de gouverner.

Dans la crise qu'elle traverse actuellement, la France est divisée davantage par des oppositions idéologiques que par une mise en question du régime républicain, désormais indiscuté. Toutefois, devant la faiblesse accrue de l'exécutif, devant son impuissance à dominer les exigences contradictoires des partis, le pays, qui au fond aime l'ordre, pourrait être tenté de recourir à un pouvoir autoritaire, extraparlementaire, s'il venait un jour à s'imposer. C'est une hypothèse qu'il ne faut pas exclure, quel que soit le risque d'une pareille aventure et ses chances incertaines de succès. Finalement, la France revient toujours au même type d'institutions, indépendamment de ses gouvernants. M. André Siegfried souligne avec raison que ce sont elles qui ont permis au pays de durer, mais il ajoute cependant, laissant percer une inquiétude: «du moins jusqu'à présent...». Cette ultime réflexion est bien dans la manière élégante de l'éminent sociologue. Elle constitue aussi un avertissement. On aurait tort de l'oublier.

Jean de Saint-Chamant

---

[1]) André Siegfried, de l'Académie française, Grasset, Paris 1956.

[2]) Herbert Lüthy: Frankreichs Uhren gehen anders, Europa Verlag, Zürich 1955.